

577 Abgeordnete im neuen Reichstag

Ein Mandat mehr für die Kommunisten. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses der Reichstagswahlen die Zahl der gültigen Stimmen auf 84 968 728 erhöht. Die Gesamtzahl der Abgeordneten wird daher 577 statt 570 betragen. Das neue Mandat fällt den Kommunisten zu, die somit mit 77 Abgeordneten vertreten sein werden.

Bredt und Zweigert

Die „Dresdner Volkszeitung“ läßt sich melden, daß der Reichsjustizminister Dr. Bredt als Schlichter der Hochverratsverfahren aufgetreten sei. Sie verweist dabei auf die Entsendung des Staatssekretärs Dr. Zweigert zu den Verhandlungen gegen die Ulmer Reichswehroffiziere vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts. Dort habe Dr. Zweigert mit gebundener Marschroute auftreten müssen und der Reichsjustizminister Dr. Bredt sei an die Seite Hitlers getreten, weil er gegen die Entsendung Dr. Zweigerts protestiert hätte.

Die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ lassen sich nun durch ihren Berliner Berichtserstatter melden:

„Wie uns hierzu am zuständigen Stelle versichert wird, ist im Kabinett diese Angelegenheit mit keinem Wort gestreift worden. Staatssekretär Zweigert läßt erklären, daß er von keiner Seite irgendwelche Instruktionen erhalten habe über das, was er vor dem Reichsgericht als Zeuge ausgesagt hat und daß er für seine Aussage lediglich vor seinem eigenen Gewissen verantwortlich sei. Für die Ausfertigung als Staatssekretär sei ausschließlich der Reichsinnenminister Dr. Wirth zuständig, der ihm die Genehmigung ohne jede Einschränkung erteilt habe. Die volle Verantwortung für das, was er in Leipzig angegeben habe, trage er selbst. Reichsjustizminister Dr. Bredt äußert sich dahin, daß er sich jeder Eingriffnahme auf den Prozeß enthalten habe. Lediglich auf Ersuchen des Reichsinnenministers habe er den Oberreichsanwalt angewiesen, die Vernehmung des Staatssekretärs Zweigert beantragen zu lassen. Irgendeine Anweisung für seine Tätigkeit in dem Prozeß habe der Oberreichsanwalt von ihm nicht erhalten.“

Bürgerblock und Nationalsozialisten bilden die Regierung in Braunschweig

Nur zwei Minister

Die Verhandlungen der hinter der bürgerlichen Einheitsliste stehenden Parteien und der NSDAP. zum Zwecke der Regierungsbildung in Braunschweig haben zu einer Einigung geführt.

Die Regierung soll statt bisher drei nur noch von zwei Ministern gebildet werden. Von den bürgerlichen wird der frühere Finanzminister Dr. Rüchenthal vorgeschlagen werden. Der nationalsozialistische Ministerkandidat ist Amtsgerichtsrat Dr. Anton Franzen in Kiel.

Die Regierung würde im Braunschweigischen Landtag allerdings nur genau über die Hälfte der Mandate verfügen.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ veröffentlicht das Programm des bürgerlichen Blattes und der NSDAP. Danach fordert u. a. der bürgerliche Block Aufstellung einer genauen Bilanz des Staatsvermögens, auf Grund deren zu prüfen ist, ob das Land Braunschweig noch als lebensfähig angesehen werden kann. Prüfung der Frage, ob die Entsendung eines sogenannten Parteibuchbeamten ohne Ruhegehalt erfolgen kann, Verrückung der Nebenbezüge der Staatsbeamten, Aufhebung des Ministerpensionsgesetzes. Die Minister erhalten nur Uebergangsbezüge. Von den nationalsozialistischen Forderungen ist hervorzuheben, Herabsetzung des Ministergrundgebühles von 18 000 auf 12 000 Mark, Säuberung der Landesverwaltung von Beamten und Angestellten, die ohne besondere Vorbildung und Eignung nur auf Grund ihres Parteibuches in den Staatsdienst gekommen sind.

Prinz Leopold von Bayern †

Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern ist am Sonntag im Alter von 84 Jahren im Leuchtenbergpalais an Altersschwäche verstorben. Der Prinz war am 2. Februar 1846 als zweiter Sohn des nachmaligen Prinzregenten Luitpold geboren.

Prinz Leopold von Bayern wurde am 2. Februar 1846 als zweiter Sohn des

Im Kreuzfeuer der Fragen Die Belastungszeugen bleiben farblos

Der fünfte Verhandlungstag im Prozeß gegen die Ulmer Offiziere bringt, bevor man in die weitere Zeugenvernehmung eintritt, lange Vorspiele, die sich auf Vorfälle am Freitag beziehen.

Dr. Braune: Ich habe ganz allgemein nach der Verbindung mit der NSDAP. gefragt. Die Herren habe ich auch nicht wie Verbrecher behandelt. Die Hausdurchsuchungen waren notwendig. Ich kann auch nicht verstehen, daß nicht schon früher Beschwerden gekommen sind, wenn ich die Zeugen so behandelt haben soll.

Vorsitzender: Selbstverständlich soll ein Untersuchungsrichter höflich sein, wie er die Vernehmung vornimmt, steht aber in seinem Ermessen.

Nach längeren weiteren Erklärungen gibt der Angeklagte Scheringer an, daß er nicht den Eindruck gehabt habe, wie ein Verbrecher behandelt zu werden, aber er habe herausgefunden, daß bei dem Untersuchungsrichter

ein Oath, zum mindesten eine Vereinnahmung gegen die Nationalsozialisten vorliege, und er bittet, den Untersuchungsrichter zu befragen.

Der Reichsanwalt bezweifelt die Zulässigkeit der Frage und erbittet einen Gerichtsbescheid. Der Untersuchungsrichter soll kein Angeklagter.

Rechtsanwalt Dr. Frank 2: Wie Dr. Braune begonnen hat, sich zu verteidigen, steht er wohl in der Rolle eines Angeklagten.

Vorsitzender: Dr. Braune verteidigt sich nicht, er hat nur Ergänzungen seiner Aussage jenseben.

Rechtsanwalt Dr. Frank 2: Die Ergänzungen erklären sich daraus, daß

Dr. Braune seit Freitag der Hauptbelastungszeuge in diesem Verfahren ist.

(Weiß im Saal, was vom Vorsitzenden gesagt wird.)

Leutnant Scheringer stellt dann seine Frage zurück und führt weiter aus: Ich habe gebeten, die Münchner Herren zu vernehmen. Dr. Braune hat aber nur gelacht und dem Sinne nach zum Ausdruck gebracht, daß ihm diese doch nur anliegen würden.

Es kommt mir nicht darauf an, mich aus der Schlinge zu ziehen. Wenn Kamerad Rudin verurteilt wird, muß ich auch verurteilt werden. Nur wenn ich es aber überhaupt nicht an, sondern auf die Wahrheit. Hier hat Adolf Hitler den Eid geleistet.

Hauptmann a. D. Weiß erklärt auch, daß seine mehrstündige Vernehmung von Dr. Braune mit den Worten abgeschlossen sei: Es ist alles unwahr, was Sie gesagt haben, die Offiziere haben längst gekündigt.

Hauptmann a. D. v. Pfeiffer (mit den Fingern auf Dr. Braune zeigend): Ich will hier darauf aufmerksam machen,

daß der Untersuchungsrichter eben unter Eid die Unwahrheit gesagt hat.

Vorsitzender: Wie wollen Sie den schweren Vorwurf begründen?

v. Pfeiffer: Er hat behauptet, er habe das Wort „Feldbildung“ nicht zuerst an die Zeugen herangebracht. Mir ist er zuerst mit dem Wort gekommen.

Dr. Braune läßt dies dahingehend an, daß er die Offizierszeugen gemeint habe.

Es wird endlich der Zeuge Oberleutnant Vöhr aufgerufen, dessen Vernehmung sich sehr schwierig und langweilig gehalten. Es ist vielfach

ein Streit um Worte und um ihre Auslegung.

Oberleutnant Vöhr war von Leutnant Rudin am 1. Dezember zu einer Aussprache nach Berlin bestellt worden. Man habe sich zunächst

nachmaligen Regenten Luitpold und seiner Gemahlin Augusta geboren. Als junger Artillerieoffizier nahm er am Feldzug von 1866 teil. Im Kriege 1870/71 zeichnete er sich als Batterieführer bei Sedan und bei Villerupt aus, wo er durch einen Presschuß in die Hüfte verwundet wurde. Wegen Kriegsende wurde er zum Oberleutnant im 1. Kürassierregiment in München, im späteren schweren Reiterregiment ernannt. Von 1887 bis 1892 war er kommandierender General des 1. Bayerischen Armeekorps in München und von 1892 bis 1918 Generalinspekteur der 4. Armeeinspektion, die die drei bayerischen und zwei preussische Armeekorps umfaßte. 1918 wurde er Generalfeldmarschall. Im Juni desselben Jahres wurde er zur Führung einer Armee gegen Rußland berufen, mit der er Baku eroberte. Nachdem der weitere Vormarsch im September zum Stehen gekommen war, wurde er Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe und später an Stelle Hindenburgs Oberbefehlshaber im Osten. Mit Hindenburg stellte er sich nach dem Zusammenbruch der neuen Reichsregierung zur Verfügung, um das Chaos vermeiden zu helfen. Seit dem Umsturz lebte der Prinz, der seit 1878 mit der verstorbenen Tochter des Kaisers Franz Joseph, Gisela, verheiratet war, in München. Der Ehe entsprossen vier Kinder: Prinz Georg, der als Oberst am Weltkrieg teilnahm und später zum Priester geweiht wurde, Prinz Conrad, Prinzessin Elisabeth, verheiratete Gräfin von Seefeld auf Buddenheim, und Prinzessin Auguste, die mit Erzherzog Joseph verheiratet ist.

über den schwindenden nationalen Geist in der Armee unterhalten. Er sei über seine Meinung über die NSDAP. befragt worden und habe gesagt, daß er diese für eine sehr ardentische Partei halte. Rudin sei sehr erregt gewesen und habe gefragt, ob man nicht durch einen Zusammenschluß vaterländischer Offiziere den nationalen Geist in der Truppe beleben könne. Man müsse

in geistiger Beziehung Anschluß an die nationalen Verbände suchen,

um diese aufzuklären, daß die Truppe noch auf nationalem Boden stehe.

Vorsitzender: Hat Rudin gefragt, was Sie wohl machen würden, wenn bei einem nationalsozialistischen Putsch die Reichswehr eingesetzt werde?

Zeuge: Jawohl, ich habe gesagt, daß dies die schwerste Entscheidung für uns sein würde.

Vorsitzender: Hat er Ihnen gesagt, daß Sie in Ihrer Garnison auf die Kameraden einwirken lassen, daß sie nicht auf Nationalsozialisten schließen sollten.

Zeuge: Nein, das keinesfalls. Parteipolitische Erwägungen spielten keine Rolle. Es sollten nur die nationalen Kräfte gesammelt werden. Es war ja schon so weit gekommen, daß man, wenn man das Wort „national“ in den Mund nahm, schon für einen Reaktionsär gehalten wurde.

Aus den weiteren Vernehmungen geht hervor, daß für den Zeugen die Begriffe „national“ und „nationalistisch“ das gleiche sind.

Vorsitzender: Hat Rudin gesagt, daß unter Umständen die Regierung gewaltsam gestürzt werden müsse?

Zeuge: In dieser scharfen Form hat er dies nicht gesagt. Er hat später gesagt, ein gewalttätiger Sturz käme nicht in Frage.

Rechtsanwalt Dr. Nagel: Es kommt nicht in Betracht, was Rudin später gesagt hat, als er befragt war, sondern, was er zuerst geäußert hat.

Vorsitzender: Hat Rudin von einer Organisation gesprochen, die in der Reichswehr gebildet werden müsse?

Zeuge: Nein, das war wohl mehr eine Schlussfolgerung von mir. Er wollte wohl nur, daß wir saßen, welche nationalen Kameraden noch vorhanden wären.

Der Zeuge Vöhr ist in seinen Angaben ziemlich unklar und muß häufig Behauptungen zurücknehmen, die er kurz vorher aufgestellt hat. Da er zu den Zeugen gehört, die früher Rudin belastet haben, wird jetzt auf seine Befragung besonderer Wert gelegt.

Vorsitzender: Hat Sie Rudin aufgefordert, die Kameraden zu beeinflussen, daß sie bei einem einmaligen Putsch nicht auf die Nationalsozialisten schließen sollten.

Zeuge: Nein. Ich habe ihm das ausgedrückt.

Vorsitzender: Was haben Sie ihm ausgedrückt?

Zeuge: Ich hatte nicht die Auffassung, daß er schon in einer Sache wäre, daß er aber hingegeraten könne.

Weiter erklärt der Zeuge, daß er nicht den Eindruck gehabt habe, daß Rudin im Auftrag einer politischen Partei oder im Auftrag dritter Personen gehandelt habe.

Auf keinen Fall habe Rudin von nationalsozialistischen Verlegungsstellen gesprochen.

Inzwischen ist im Gerichtssaal bekannt geworden, daß ein Berliner Blatt die Nachricht von einer Reichswehrangelegenheit gegen Landesrichterdirektor Dr. Braune verbreitet hat. Die Verteidiger geben an Gerichtsstelle hierzu die Erklärung ab, daß sie einer solchen Nachricht fernliegen und nicht daran gedacht haben, eine solche Angelegenheit zu erheben.

Die Verhandlung wird auf Montag vertagt.

Der Prager Bürgermeister und sein Mob

Der Bürgermeister von Prag, Dr. Baza, veröffentlicht im Namen des Stadtrates mit seiner Unterschrift folgende Erklärung:

„Der Stadtrat begrüßt die würdigen Manifestationen für den Schutz des slawischen Charakters Prags. Der Stadtrat bedauert aber, daß die würdigen Kundgebungen des ersten Tages durch Verschulden einiger unverantwortlicher Faktoren in strafbare Handlungen ausgeartet sind, die den guten Ruf des slawischen Prags und das Privateigentum der Bürger schädigten. Der Stadtrat fordert nach Einschreiben des Bürgermeisters bei den zuständigen Stellen die Verhinderung der Stadt Prag auf, sich weiteren demonstrativen Kundgebungen zu enthalten und die erforderliche Ruhe aufrechtzuerhalten.“

Diese Kundgebung ist bezeichnend für den traurigen Geist, der im Prager Rathaus wohnt. Es besteht ein großer Unterschied in der Auffassung von Würde zwischen der gestirnten Welt und Dr. Baza.

Das libeholländische Staatsbudget

Der Finanzminister hat dem Prager Parlamente das Budget für 1931 vorgelegt und dazu in seinem Exposé betont, daß dieses Budget die durch fünf Jahre eingehaltene Stabilisierung der Ausgaben verlässe und die Ausgaben um 600 Millionen Kronen erhöhe. Bei 988 Millionen

Kronen an Ausgaben und 984 Millionen an Einnahmen beträgt das Aktivum nur 5 Millionen Kronen. Das Budget spannt alle Steuerreserven (sogar an und jetzt die in dem Steuerpräliminare bisher bestanden Budgetreserven) restlos auf. An Steuern sollen die Erwerbssteuern und die Biersteuer beträchtlich erhöht werden. Diese Erhöhung wird insbesondere den Gewerbe- und Handelsstand schwer treffen, doppelt schwer bei der herrschenden Wirtschaftskrise. Der Finanzminister droht mit der schärfsten Steuereintreibung. An Steuerstrafen und Exekutionsgebühren sind in dem Budget allein bei den direkten Steuern 120 Millionen Kronen vorgesehen, während der Ertrag der Erwerbssteuern außer der Einkommensteuer im letzten abgeschlossenen Steuerjahr nur 135 Millionen Kronen war. Die Staatsschuld ist aus den Belastungen des Pariser Abkommens etwas gestiegen und beträgt 87 Milliarden. Der Zinsendienst verschlingt jährlich 2287 Millionen, nahezu ein Viertel des Budgets. Die Ausgaben für Militär sind sehr verschleiert, betragen offiziell 1715 Millionen, insgesamt aber an 2000 Millionen. Sehr niedrig dotiert ist das Handelsministerium mit nur 48 Millionen Kronen Aufwand. Der Betrag für Förderung des Gewerbes wurde trotz der nötigen Hilfe infolge der Wirtschaftskrise um 3 Millionen gekürzt.

Die Sudendeutschen kommen in dem Budget sehr schlecht weg, obwohl sie die Hälfte aller Steuern zahlen. Das Budget verteilt so wie am Tische des reichen Prassers die vollen Schüsseln für die Tschechen und die Staatsbürokratie und die Frosamen für die Deutschen und die anderen Minderheitsvölker.

Bemerkenswert ist, daß für den Bau österreichischer Truppschulen im deutschen Gebiete neuerlich 28 Millionen jährlich ausgeworfen werden, während man für den Bau deutscher Schulen kein Geld übrig hat. Das Bodenamt erhält vom Staate für die weitere Beschlagnahme und Verstaatlichung von Wäldern einen Kredit von 280 Millionen Kronen. Die staatliche Tabakregie soll 1907 Millionen Kronen, das ist ein 50prozentiger Gewinn, bringen. In seinen anderen Unternehmungen arbeitet der Staat wenig wirtschaftlich.

Dawes zur Wirtschaftskrise

Der amerikanische Botschafter Dawes erwarte, die gegenwärtige Wirtschaftsbepression sei lediglich eine vorübergehende Periode, die die gradlinig aufsteigende Entwicklungstendenz der früheren Jahre zeitweilig unterbrochen habe. Man könne daher eine Besserung der Lage vom nächsten Jahre ab wieder erwarten.

Kunst und Wissen

Opernhaus. Am Sonntag lernte man im „Tannhäuser“ eine neue Kraft kennen. Margarete Bokor sang erstmalig die Rolle der Venus. Diese Partie stellt, soll sie die Funktion fördern und das Verbalten Tannhäusers begreiflich erscheinen lassen, sowohl an das Neuhäre, als auch an Gesangs- und Ausdruckskraft große Ansprüche. Margarete Bokor erfüllte diese Ansprüche zum größten Teile. Ein anmutiges Neuhäre und eine weiche, geschmeidige Stimme sind ihr eigen. Namentlich die Mittel- und Hoctage klingen voll und ausgeglichen. Der Fieslage fehlt es an Tragfähigkeit. Die anfangs schmeichelnden, betörenden Partien gelangen ihr besser als die erregten und zürnenden. Die ganze Rolle war mehr auf Lieblichkeit angelegt. Der dämonische große Zug fehlte, was sich namentlich bei der Verfluchung des Menschengeschlechts bemerkbar machte. Eine Venus, wie sie sich Wagner jedenfalls gedacht hat, ist die Sängerin noch nicht. Möglich erscheint es, daß sie noch in die Partie mehr hineinwächst. U-n.

Spielplan der Dresdner Theater

- Opernhaus
Dienstag (8): Die Bohème. Anrechtsreihe B. 88: 5178-5200.
Schauspielhaus
Dienstag (8): Tempo über hundert. Anrechtsreihe B. 88: 2542-2607.
Die Komödie
Dienstag (149): ... Vater sein dagegen sehr. 88: 821-900. 888. Or. 1: 7601-7700. Or. 2: 1-26.
Residenz-Theater
Wahspiel Johanna Schubert und Kammerlänger Wily Thunis.
Dienstag (8): Friederike. 88: 5638-5650.
Central-Theater
Wahspiel Hanna Rodaga und Kammerlänger Max Reichart.
Dienstag (8): Die drei Russe. 88: 1226 bis 1250. 888. Or. 1: 1001-1100. Or. 2: 501-525.

Wettervorausgabe

Meist schwache Winde aus Ost bis Nord. Nur vorübergehende verstärkte Bewölkung. Neigung zu Nebelbildung. Nach sehr kühler Nacht tagsüber mäßige Erwärmung. Im Gebirge verhältnismäßig mild.